

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Herr Peer Knöfler
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70-90
24105 Kiel

01.03.2018

Sehr geehrter Herr Knöfler,

der Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen bedankt sich für die Möglichkeit einer Stellungnahme zur geplanten Änderung des Schulgesetzes (Drucksache 19/372).

Auch der LEB stimmt zu, dass es notwendig ist, die Schülerbeförderung grundsätzlich zu regeln, jedoch halten wir den pauschalisierten Wortlaut „zur besuchten Schule“ nicht für zielführend.

Hierdurch würden auch absurde Forderungen ermöglicht, die sicherlich nicht im Sinne einer ausgereiften Schülerbeförderung, oder sinnvoll sind. Hier gilt es unter anderem die SuS vor übereifrigen Plänen der Eltern zu schützen.

Aus diesem Grund schlagen wir vor, die freie Schülerbeförderung innerhalb der Kreise zu begrenzen und dies mit dem regulären ÖPNV zu realisieren.

Es würde eine Stärkung der Kreise, Schulverbände und auch Schulen bedeuten und hätte nicht zuletzt auch eine bessere Planbarkeit für alle Beteiligten zur Folge. Zusätzlich könnten die durch die Schülerbeförderung entstehenden Kosten sinnvoller in den ÖPNV investiert werden, der von den Kreisen ebenfalls subventioniert wird.

Wir empfehlen die SuS mit einer ÖPNV Monatskarte auszustatten, wodurch ihnen auch die Möglichkeit gegeben ist, sich intensiver am kulturellen Leben zu beteiligen.

Letztendlich entstanden viele dieser Probleme erst durch die Abschaffung der Einzugsgebiete der Schulen, wodurch SuS teils absurde Schulwege in Kauf nehmen müssen. Daher sprechen wir uns, zur Entspannung der Situation, ebenso dafür aus, diese wieder einzuführen.

Mit freundlichen Grüßen



Thorsten Muschinski
Vors. LEB GemS S-H